

Heinz-J. Bontrup

Räuberische Ersparnis. Wir brauchen eine höhere Lohnquote

Viele sprechen von einer robusten deutschen Wirtschaft. Preisbereinigt ist sie 2015 um 1,7 Prozent gewachsen. Jahresdurchschnittlich lag das Wirtschaftswachstum von 2010 bis 2015, nach dem Zusammenbruch 2009 von minus 5,6 Prozent, immerhin bei fast zwei Prozent. Auch die Beschäftigung hat zugelegt. Die Zahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer plus Selbständige) ist um 4,9 Prozent gestiegen. Das entscheidende Arbeitsvolumen aber nur um 3,5 Prozent. Dabei liegt die Zahl der prekär Beschäftigten immer noch bei rund 5,5 Millionen. Und auch die Arbeitslosenzahl ist mit 3,5 Millionen Menschen weiter unerträglich hoch.

Schaut man sich weitere gesamtwirtschaftliche Indikationen an, stellt man fest, dass 2015 bei einem verfügbaren Einkommen von 2525 Milliarden Euro gut 303 Milliarden Euro gespart und 2222 Milliarden Euro privat und staatlich konsumiert wurden. Die Ersparnis ist dabei auf wenige hoch konzentriert verteilt.

Was aber ist mit den 303 Milliarden Euro Ersparnis passiert? Davon wurden nach Abzug der Abschreibungen lächerliche 36,6 Milliarden Euro netto investiert, was einmal mehr die viel zu geringe private und staatliche Investitionstätigkeit in Deutschland unterstreicht. Eine nachhaltige investive Entwicklung ist das wahrlich nicht! Der Rest der Ersparnis von 266 Milliarden Euro war notwendig um die weiter neoliberal intendierte aggressive deutsche Außenwirtschaftspolitik praktizieren zu können.

Mit diesem Teil der Ersparnis wurden durch Kapitalexporte die ausländischen Leistungsbilanzdefizite gegenüber Deutschland finanziert. Der deutsche Außenbeitrag war auch 2015 mit 7,8 Prozent bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt wieder einmal wesentlich zu hoch.

Was ist daher wirtschaftspolitisch dringend geboten? Erstens muss der Staat mehr investieren und dazu die „räuberische Ersparnis“ (John Maynard Keynes) der Reichen über eine Steuererhöhung abschöpfen. Zweitens muss bei der primären Einkommensverteilung die gesamtwirtschaftliche Lohnquote von 68 auf 75 Prozent steigen. Dazu hätten 2015 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen lediglich um 156 Milliarden Euro geringer ausfallen müssen. Das Geld wäre an die abhängig Beschäftigten gegangen und damit über Konsum in die Belebung der Binnenwirtschaft zur Reduktion des Exportüberschusses geflossen. Leider ist von alledem nichts geschehen.

Zuerst erschienen in: Frankfurter Rundschau am 9. Februar 2016